


Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 19.04.2018

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:15 Uhr
Ende:	18:47 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
7.	Entscheidungsvorlagen	
7.11.	2. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0226/18
7.12.	1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0227/18

7.13.	1. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0228/18
7.16.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV680 "Wohnen am Walkstrom" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0410/18
7.16.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 0410/18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV680 "Wohnen am Walkstrom" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss	0816/18
7.17.	250. Geburtstag Johann Bartholomäus Trommsdorff im Jahr 2020 Einr.: Fraktion CDU	0427/18
7.17.1.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 0427/18 - 250. Geburtstag Johann Bartholomäus Trommsdorff im Jahr 2020	0831/18
7.19.	Machbarkeitsgutachten zum Ausbau der Arndtstraße als künftige Südeinfahrt Einr.: Fraktion CDU	0513/18
7.20.	Familienfreundliches Bauen Einr.: Fraktion CDU	0515/18
7.21.	Kitaneubau "AndreasGärten" durch den Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. Einr.: Oberbürgermeister	0604/18
7.21.1.	Antrag des Jugendhilfeausschusses zur DS 0604/18 - Kitaneubau "AndreasGärten" durch den Johanniter Unfall-Hilfe e.V.	0663/18
7.24.	Haushaltssatzung 2019/2020 und Haushaltsplan 2019/2020 Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0638/18
7.26.	Prüfauftrag zur Neuregelung der Straßenausbaubeitragsatzung Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0703/18

7.27. "Bibliotheksausweis in die Schultüte"
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

0704/18

8. Informationen

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, die weiterführende öffentliche Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab sie die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 27 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Abschließend teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass eine Pause nicht stattfinden wird.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Änderungen zur Tagesordnung bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben wurden.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

7. Entscheidungsvorlagen

- 7.11. **2. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt** 0226/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb die Drucksache in seiner Sitzung am 12.04.2018 einstimmig bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 22 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 2. Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung für den Eigenbetrieb Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

- 7.12. **1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Theater Erfurt** 0227/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache in einer gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Theater Erfurt mit dem Kulturausschuss am 12.04.2018 wie folgt votiert wurde:

- Werkausschuss Theater Erfurt
bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)
- Kulturausschuss
bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 21 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Theater Erfurt gemäß Anlage 1.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.)

7.13. 1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt 0228/18
Eintr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt die Drucksache in seiner Sitzung am 12.04.2018 bestätigte (Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 21 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt gemäß Anlage 1.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

7.16. Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV680 "Wohnen am Walkstrom" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss 0410/18
Eintr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 10.04.2018 bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0816/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Es äußerten sich (teilweise mehrfach):

- Zu Beginn führte Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., zum Bebauungsplan, der Aufgabe der Sparkasse als Investor und den inhaltlichen Festsetzungen des Sparkassengesetzes aus. Weiterhin erläuterte er die Intention des Antrages

seiner Fraktion und begründete die Notwendigkeit und Zumutbarkeit eines Anteils von 20 Prozent Sozialwohnungen im Bauvorhaben.

- Herr Metz, Fraktion SPD, ging auf die Aussagen seines Vorredners ein und wies darauf hin, dass die Sparkasse durchaus gewinnorientiert arbeiten muss und begründete dies.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, stellte den Vergleich zur KoWo dar und erläuterte seine Sichtweise. Zudem teilte er mit, dass er den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ablehnen werde.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, verwies auf die gesellschaftliche Stellung der Sparkasse und stellte diese dem Bauvorhaben gegenüber.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, sprach sich gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE. aus und verwies auf das von der Verwaltung angekündigte Baulandmodell. In seinen Ausführungen zum Bebauungsplan ging er auf die festgesetzten Neupflanzen der Bäume ein. Es sollte nicht nur Laubbäume sondern auch Obstbäume gepflanzt werden, bemerkte er.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, wies darauf hin, dass ein solcher Antrag von der Fraktion DIE LINKE. in dieser Phase des Bebauungsplanverfahrens zu spät sei und lehnte diesen Antrag ab.
- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte ihre Sichtweise und signalisierte die Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Dieser Antrag sollte als politische Willensbekundung – die Aufgabe des Stadtrates – angesehen werden.
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, teilte seine Ablehnung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. mit und begründete dies.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0816/18), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	18
Enthaltungen:	1

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 25 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan der Innenentwicklung, gemäß § 13a BauGB, BRV680 "Wohnen am Walkstrom", bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2, M 1:250) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 02.02.2018 und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3), als Satzung beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4 a – d beigelegt.)

7.16.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 0816/18
0410/18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV680
"Wohnen am Walkstrom" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss

abgelehnt Ja 9 Nein 18 Enthaltung 1 Befangen 0

7.17. 250. Geburtstag Johann Bartholomäus Trommsdorff im 0427/18
Jahr 2020
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 08.03.2018 in den zuständigen Ausschuss.

Der Kulturausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 12.04.2018 mehrheitlich (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Zudem teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass der Einreicher die folgende Formulierung aus der Stellungnahme der Verwaltung übernimmt:

Beschlusspunkt 02:

*Der **Maßnahmeplan** ist dem Stadtrat bis zum Ende des dritten Quartals 2018 vorzulegen.*

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0831/18 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zunächst gab Herr Hose, Fraktion CDU, bekannt, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion SPD übernehme und begrüßte den fraktionsübergreifenden Wille den 250. Geburtstag des Johann Bartholomäus Trommsdorff gebührend zu würdigen.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., hinterfragte den Beschlusspunkt 02 inhaltlich.

Daraufhin erläuterte Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, den Antrag seiner Fraktion. In den Prozess solle der Kulturausschuss eingebunden werden und demzufolge ergänzte er den Beschlusspunkt 02 der Drucksache 0831/18) wie folgt:

"[...] im Dialog mit *dem Kulturausschuss und* bürgerschaftlichen Akteuren beraten, entschieden und konkretisiert."

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sicherte die Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag der Fraktion SPD zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 0831/18), der die Ursprungsdrucksache ersetzte inkl. der mündlichen Ergänzung von Herrn Dr. Beese zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde dieser Antrag beschlossen und es erübrigte sich eine weitere Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, anlässlich des 250. Geburtstages des Johann Bartholomäus Trommsdorff, einen **Maßnahmeplan** zu dessen Ehrung und Würdigung zum Ende des 3. Quartals 2018 vorzulegen.

02

Mit welchen Formaten ein würdigendes Gedenken ausgestaltet werden kann, wird im weiteren Vorlauf des Jubiläums im Dialog mit dem Kulturausschuss und bürgerschaftlichen Akteuren beraten, entschieden und konkretisiert.

03

Auf Basis des **Maßnahmeplans** wird der Stadtrat über den Einsatz kommunaler Eigenmittel im Abgleich mit geplanten **Maßnahmen Dritter** (etwa Akademie der gemeinnützigen Wissenschaften zu Erfurt) entscheiden.

7.17.1. Antrag der Fraktion SPD zur DS 0427/18 - 250. Geburtstag Johann Bartholomäus Trommsdorff im Jahr 2020 0831/18

bestätigt

7.19. Machbarkeitsgutachten zum Ausbau der Arndtstraße als künftige Südeinfahrt 0513/18
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache seiner Fraktion. Mit dem Verweis, dass ein entscheidendes Gutachten bis jetzt fehlte, begründete er die Einreichung der Drucksache und bat um Zustimmung.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, verweist auf die Gespräche zur Südeinfahrt, die seit Jahren geführt werden und sprach sich für eine Lösungsfindung aus. In seinen Ausführungen ging er auf den dort befindlichen Tennisplatz ein und fragte nach, ob dem Tennisclub die Ausgleichsflächen mitgeteilt wurden bzw. bekannt seien.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise und äußerte seine Bedenken zur den inhaltlichen Festsetzungen der Drucksache.
- Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, führte zur Situation im Bereich der Arndtstraße als Südeinfahrt, den geführten Gesprächen mit dem Tennisclub und den vorliegenden Gutachten aus.
- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass ihre Fraktion die Drucksache ablehnen werde und begründete dies.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit erfolgt anschließend die Abstimmung über die Drucksache.

abgelehnt Ja 8 Nein 19 Enthaltung 2 Befangen 0

7.20. Familienfreundliches Bauen 0515/18
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Die Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kündigten einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zu Beginn führte Frau Walsmann, Fraktion CDU, zur Drucksache aus und erläuterte die inhaltlichen Schwerpunkte.

Daraufhin begründete Herr Kallenbach, Fraktion CDU, ebenfalls die Einbringung der Drucksache.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Daraufhin stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

7.21.	Kitaneubau "AndreasGärten" durch den Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.	0604/18
	Einr.: Oberbürgermeister	

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass ein Antrag des Jugendhilfeausschusses mit Drucksache 0663/18 vorliegt.

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 22.03.2018 in Form des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses (DS 0663/18) (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 04.04.2018 mit folgenden Änderungen (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0):

Es wurde der Antrag des Jugendhilfeausschusses wie folgt ergänzt:

Beschlusspunkt 02:

Die Bezuschussung erfolgt vorbehaltlich der Aufnahme in das Programm zur Erhaltung und zum Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen". Dazu ist dem Jugendhilfeausschuss unter Vorberatung im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben eine ausführliche Vorhabenbeschreibung zur Beschlussfassung vorzulegen."

Zu Beginn ging Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, auf die Drucksache ein. Nach seiner Ansicht seien die Kita Kosten deutlich zu hoch und daher werde der Siegerentwurf nicht begrüßt. Die Kita sollte so nicht gebaut werden, betonte er deutlich und sprach sich gegen die Drucksache aus.

Herr Möller, Fraktion SPD, teilte in seiner Funktion als Jugendhilfeausschussvorsitzender mit, dass der Jugendhilfeausschuss von der Drucksache überrascht war und hinterfragte die Tatsache, dass er nicht an den Planungen beteiligt wurde. Somit konnten die Kosten aus der fachlichen Sicht des Jugendhilfeausschusses nicht abgewogen werden und es bestehen noch viele offenen Fragen, bemerkte Herr Möller. Dahingehend erläuterte er die Intention des Antrages aus dem Jugendhilfeausschuss. Bezugnehmend auf die Änderung aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben beantragte er folgende Änderung:

"Dazu ist dem Jugendhilfeausschuss unter Vorberatung vor Beratung im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben eine ausführliche Vorhabenbeschreibung zur Beschlussfassung vorzulegen."

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte ihre Sichtweise zur Drucksache und sicherte die Zustimmung ihrer Fraktion zu.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, signalisierte ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache und begründete dies.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, gab die Zustimmung seiner Fraktion bekannt. Falls es eventuell noch Planungsänderungen geben sollte, dann soll die Drucksache im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt behandelt werden, regte Herr Stampf an.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, führte zur Drucksache aus. Hierbei betonte sie insbesondere den wichtigen und notwendigen Standort in der Andreasvorstadt für einen Kitaneubau. Zunächst seien die Planungen am Anfang und nach entsprechender Umsetzung wird die Kita dann auch im Kitabedarfsplan aufgenommen, versicherte sie.

Die abschließende Nachfrage von Herrn Bärwolff, ob die Chance besteht, die Kita aus dem denkmalgeschützten Gebäude auszulagern, verneinte Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst die Ergänzung des Antrages des Jugendhilfeausschusses (Drucksache 0663/18) durch den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben inkl. der Änderung von Herrn Möller zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Ergänzung des Antrages bestätigt und es folgte die Abstimmung über den Antrag des Jugendhilfeausschusses (Drucksache 0663/18) an sich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde dieser ebenfalls bestätigt.

Abschließend stellte die Stadtratsvorsitzende die Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Neubau der Kita "AndreasGärten" durch den Bauherren Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. wird bestätigt.

02

Die Bezuschussung erfolgt vorbehaltlich der Aufnahme in das "Programm zur Erhaltung und zum Ausbau von Betreuungsangeboten in Kindertageseinrichtungen". Dazu ist dem Jugendhilfeausschuss vor Beratung im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben eine ausführliche Vorhabenbeschreibung zur Beschlussfassung vorzulegen.

03

Die Bezuschussung durch die Stadt Erfurt erfolgt vorbehaltlich der Bestätigung des 2. Nachtragshaushaltes 2018 i. H. v. 95 Prozent der Gesamtbaukosten, maximal i. H. v. 3.284.900 EUR aus den durch den Freistaat Thüringen zusätzlich zur Verfügung gestellten investiven Mitteln. Durch den Bauherren/ Träger sind mindestens 5 Prozent Eigenmittel zu erbringen, die durch die Stadt nicht refinanziert werden.

04

Die Kita Andreasgärten wird spätestens mit dem Termin der geplanten Inbetriebnahme in die Kita-Bedarfsplanung aufgenommen.

05

Die Finanzierung der laufenden Betriebskosten durch die Stadt nach der Eröffnung der Kita erfolgt ausschließlich auf der Grundlage des ThürKitaG. Der Träger hat dabei die einheitliche Entgeltordnung der Landeshauptstadt Erfurt zur Erhebung von Betreuungsentgelten und Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (KitaEO) im Bereich der Betreuungsentgelte anzuwenden und sich am Onlineportal "KIVAN" zu beteiligen.

7.21.1. Antrag des Jugendhilfeausschusses zur DS 0604/18 - 0663/18
Kitaneubau "AndreasGärten" durch den Johanniter Unfall-Hilfe e.V.

bestätigt mit Änderungen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

7.24. Haushaltssatzung 2019/2020 und Haushaltsplan 2019/2020 0638/18
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Sodann zog Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Drucksache im Namen ihrer Fraktion zurück.

zurückgezogen

7.26. Prüfauftrag zur Neuregelung der Straßenausbaubeitrags- 0703/18
satzung
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Die Fraktion CDU kündigte einen Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Da es keine Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung der Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

7.27. "Bibliotheksausweis in die Schultüte" 0704/18
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtweise und begrüßte die Drucksache.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erfolgte die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Erfurt wird beauftragt, allen Erstklässlerinnen und Erstklässlern des kommenden Schuljahres 2018/2019 einen kostenlosen Bibliotheksausweis anzubieten. Dazu sollte die Stadtverwaltung Erfurt ein entsprechendes Konzept entwickeln, in dem folgende Punkte zu berücksichtigen sind:

1. Der Zugang zum Bibliotheksausweis soll möglichst niedrigschwellig gestaltet werden. So ist z. B. ein Gutschein mit mehrsprachigen Begleitschreiben und Musterbibliotheksausweis für die unterschriftspflichtigen Eltern denkbar.
2. Das Begleitschreiben beinhaltet den Verweis auf die Angebote der Bibliothek und stellt dar, dass, um Missbrauch des Bibliotheksausweises auszuschließen, nur Angebote für Kinder ausgeliehen werden könne.
3. Das Projekt "Bibliotheksausweis in die Schultüte" könnte im Sinne effizienter Leseförderung an die modellhafte Initiative "Lesestart" der Stiftung Lesen angeschlossen werden.
4. Die Stadtbibliothek bietet den Grundschulen an, mit den Erstklässlerinnen und Erstklässlern im Klassenverband eine Sonderführung in der Stadtbibliothek bzw. in einer Zweigstelle zu besuchen.

8. Informationen

Informationen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in